Bezirksregierung Köln Dezernat 33 Ländliche Entwicklung, Bodenordnung 50667 Köln, den 28.05.2020 Zeughausstr. 2-10 Tel.: 0221 147-2033

Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Chance Natur I Az.: 33.44 - 51507 -

# 8. Änderungsbeschluss

Die Bezirksregierung Köln, Dezernat 33 - Ländliche Entwicklung und Bodenordnung -, hat beschlossen:

1. Das durch den Beschluss vom 01.12.2015 der Bezirksregierung Köln festgestellte und durch den 1. Änderungsbeschluss vom 28.09.2016, den 2. Änderungsbeschluss vom 06.12.2016, den 3. Änderungsbeschluss vom 28.09.2017, den 4. Änderungsbeschluss vom 19.07.2018, den 5. Änderungsbeschluss vom 11.12.2018 den 6. Änderungsbeschluss vom 13.12.2019 und den 7. Änderungsbeschluss vom 24.01.2020 geänderte Zusammenlegungsverfahren wird gemäß § 8 Abs. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.03.1976 (BGBI. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2008 (BGBI. I S. 2794), wie folgt geändert:

Zu dem Zusammenlegungsgebiet werden die nachfolgend aufgeführten Grundstücke zugezogen und auch insoweit die Zusammenlegung angeordnet:

Land Nordrhein-Westfalen Rhein-Sieg-Kreis

Stadt Königswinter
Gemarkung Berghausen
Flur 5 Nrn. 577/81 und 728/188

Gemarkung Oberpleis Flur 9 Nr. 229

Gemarkung Oberhau Flur 6 Nr. 66

2. Das geänderte Zusammenlegungsgebiet ist auf der als Anlage zu diesem Beschluss genommenen Gebietskarte dargestellt und hat eine Größe von rd. 122 ha.

- Der Änderungsbeschluss mit Gründen und Gebietskarte wird den betroffenen Teilnehmern zugestellt.
- 4. Die Eigentümer des zum Zusammenlegungsgebiet zugezogenen Grundbesitzes werden Teilnehmer der durch den Zusammenlegungsbeschluß vom 01.12.2015 gebildeten Teilnehmergemeinschaft der Beschleunigten Zusammenlegung Chance Natur I mit dem Sitz in Königswinter-Eudenbach.
- 5. Von der Zustellung dieses Beschlusses an gelten folgende zeitweilige Einschränkungen, die bis zur Unanfechtbarkeit des Zusammenlegungsplanes wirksam sind:
  - 5.1 In der Nutzungsart der Grundstücke dürfen ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde nur Änderungen vorgenommen werden, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören (§ 34 Abs. 1 Nr. 1 FlurbG).
  - 5.2 Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen dürfen nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden (§ 34 Abs. 1 Nr. 2 FlurbG).
  - 5.3 Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze dürfen nur in Ausnahmefällen, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden (§ 34 Abs. 1 Nr. 3 FlurbG).
  - 5.4 Holzeinschläge, die den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung übersteigen, bedürfen der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde (§ 85 Nr. 5 FlurbG).
  - 5.5 Sind entgegen den Anordnungen zu 5.1 und 5.2 Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Zusammenlegungsverfahren unberücksichtigt bleiben. Die Flurbereinigungsbehörde kann den früheren Zustand gemäß § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dieses der Zusammenlegung dienlich ist (§ 34 Abs. 2 FlurbG).
  - 5.6 Sind Eingriffe entgegen der Anordnung zu 5.3 vorgenommen worden, so muss die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen auf Kosten der Beteiligten anordnen (§ 34 Abs. 3 FlurbG).
  - 5.7 Sind Holzeinschläge entgegen der Anordnung zu 5.4 vorgenommen worden, so kann die Flurbereinigungsbehörde anordnen, dass derjenige, der das Holz fällt hat, die abgeholzte und verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat (§ 85 Nr. 6 FlurbG).
  - 5.8 Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen zu 5.2, 5.3 und 5.4 dieses Beschlusses sind Ordnungswidrigkeiten und k\u00f6nnen mit einer Geldbu\u00dfe bis zu 1.000,-- Euro f\u00fcr den einzelnen Fall geahndet werden (\u00e3 154 FlurbG, \u00a7\u00e3 1 und 17 des Gesetzes \u00fcber Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung vom 19.02.1987 BGBl. I S. 602, zuletzt ge\u00e4ndert durch Gesetz vom 09.12.2019 (BGBl. I S. 2146). Unter Umst\u00e4nden kann auch eine h\u00f6here Geldbu\u00dfe auferlegt werden (\u00e3 17 Abs. 4 OWiG). Au\u00dferdem k\u00f6nnen Gegenst\u00e4nde eingezogen werden, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht (\u00e7 154 Abs. 3 FlurbG).
  - 5.9 Die Bußgeldbestimmungen nach anderen Gesetzen bleiben unberührt.

### Gründe

Die geringfügige Änderung des Zusammenlegungsgebietes erfolgt gemäß § 94 Abs. 1 i.V. mit § 8 Abs. 1 des FlurbG und dient der Durchführung des Beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens Chance Natur I, die nach den Vorschriften des § 91 Abs. 1 FlurbG zulässig und gerechtfertigt ist.

Die diesem Änderungsbeschluss unterliegenden Grundstücke werden dem Verfahren entweder aus Abrundungsgründen zugezogen oder dienen als Tauschfläche für Eigentümer im bereits bestehenden Verfahrensgebiet und somit der Umsetzung des Naturschutzgroßprojektes "Chance Natur".

Der Vorstand der Teilnehmergemeinschaft hat im Rahmen der konstituierenden Sitzung vom 18.04.2016 seine Zustimmung zur Zuziehung zum Zusammenlegungsgebiet vorab erteilt.

Die betroffenen Grundstückseigentümer sind zu den Gebietsänderungen gehört worden und sind mit der Zuziehung einverstanden.

### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich bei der

# Bezirksregierung Köln, Dezernat 33 50606 Köln

oder zur Niederschrift bei der

## Bezirksregierung Köln, Dezernat 33 Börsenplatz 1, 50670 Köln

unter Angabe des Aktenzeichens einzulegen.

Der Widerspruch kann auch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments mit qualifizierter elektronischer Signatur an die elektronische Poststelle der Behörde erhoben werden. Die E-Mail-Adresse lautet: poststelle@brk.sec.nrw.de.

Der Widerspruch kann auch durch De-Mail in der Sendevariante mit bestätigter sicherer Anmeldung nach dem De-Mail-Gesetz erhoben werden. Die De-Mail-Adresse lautet: poststelle@brk-nrw.de-mail.de.

Falls die Frist durch eine bevollmächtigte Person versäumt werden sollte, würde deren Verschulden dem Vollmachtgeber zugerechnet werden.

Im Auftrag

Frauenrath

Regierungsvermessungsdirektorin

#### Hinweise:

Allgemeine Hinweise zum Datenschutz für den Geschäftsbereich der Bezirksregierung Köln sowie Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Flurbereinigungsverfahren sind zu finden unter:

https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk\_internet/leistungen/abteilung03/33/flurbereinigungsverfahren/dalenschutzhinweise.pdf.
Auf Wunsch stellen wir Ihnen diese Informationen gerne auch barrierefrei zur Verfügung.